Analyse der Standortfaktoren für die Wettbewerbs- und Leistungsfähigkeit der baden-württembergischen Automobilindustrie

Kernergebnisse und Handlungsempfehlungen

e-mobil BW
Landesagentur für neue Mobilitätslösungen
und Automotive Baden-Württemberg

Management Summary

Baden-Württemberg verfügt über ein außergewöhnlich dichtes Automobil-Ökosystem: große Hersteller, eine breite Zulieferbasis, spezialisierte Engineering-Dienstleister und Forschungseinrichtungen arbeiten eng verzahnt. Im Jahr 2024 erwirtschafteten Hersteller- und Zuliefererbetriebe der Automobilindustrie ein Umsatzvolumen von rund 140 Mrd. € und beschäftigten etwa 215.000 Personen in Baden-Württemberg. Mit einer Forschungsintensität von 5,7 % des BIP gehört das Land international zur Spitzengruppe.

Dennoch steht Baden-Württemberg vor großen Herausforderungen. Die globale Wirtschaftslage belastet die Nachfrage. Protektionistische Tendenzen, unterbrochene Lieferketten, volatile Energiepreise und geopolitische Konflikte erschweren die Planungssicherheit, während der Hochlohnstandort mit Ländern konkurriert, in denen Arbeits- und Energiekosten niedriger sind. Zusätzlich erfordern Elektromobilität und Digitalisierung erhebliche Investitionen und verändern die Wertschöpfungsketten.

Gleichzeitig schwächen u.a. bürokratische Pflichten die Wettbewerbsfähigkeit. Unternehmen verwenden im Durchschnitt 32 Arbeitsstunden pro Monat und Mitarbeiter für externe Nachweise. Langwierige Genehmigungsverfahren und eine fragmentierte Förderlandschaft erhöhen den Transaktionsaufwand. Das Ergebnis ist ein messbarer Produktivitätsverlust, der daraus resultiert, dass zu viel Arbeitszeit in wenig wertschöpfende Prozesse fließt. Neben dem unmittelbaren Produktivitätsrückgang führen die hohen Bürokratieaufwände zudem zu einem Motivationsverlust bei den Beschäftigten, der indirekt ebenfalls die Arbeitsproduktivität mindert. Hinzu kommen im internationalen Vergleich hohe Arbeits – und Energiekosten.

Die Ergebnisse einer Unternehmensbefragung unter 74 Unternehmen spiegeln diese Lage deutlich wider: 73 % der befragten Unternehmen nennen Nachfragerückgänge, 68 % Kostensteigerungen, 43 % regulatorische Einschränkungen und 36 % den Fachkräftemangel als wichtigstes Hemmnis. Entsprechend dominieren defensive Reaktionen: 61 % der Unternehmen verschieben Investitionen, 34 % greifen zu Personalmaßnahmen wie Kurzarbeit oder Kündigungen. Zugleich bündeln einzelne Unternehmen F&E-Aktivitäten und gehen Kooperationen ein, um die Krise als Reallokationsfenster zu nutzen. Insgesamt überwiegt jedoch die Vorsicht.

Daraus ergeben sich vier prioritäre Handlungsfelder. Erstens entfaltet **Bürokratieabbau** den größten unmittelbaren Hebel für Produktivität und Motivation: verbindliche Fristen mit Genehmigungsfiktion, echte „Once-Only"-Prinzipien über einheitliche digitale Schnittstellen, drastische Reduktion standardisierter Nachweispflichten sowie innerbetriebliche Entlastungen (Regelprüfungen, Prozessautomatisierung). Zweitens adressiert die **Entlastung der Lohnnebenkosten** den strukturellen Kostennachteil: kurzfristig über systematische Nutzung steuer-/abgabenbegünstigter Vergütungsbausteine, mittelfristig über Effizienzgewinne in den Sozialversicherungen und verlässliche Beitragspfadplanung. Drittens braucht die **Innovations- und Förderarchitektur** eine Neuordnung: weniger Programme, klare Zuständigkeiten, geringere Antrags- und Berichtslasten, passgenaue KMU-Zugänge und mehr Raum für explorative Vorhaben, flankiert von Investitionen in **Energie- und Digitalinfrastruktur** für Preis- und Planungssicherheit. Viertens stärkt **externe Resilienz** die Handlungsfähigkeit: Diversifizierung der Absatzmärkte, „Local-for-Local" bei Zöllen bzw. einem Wechsel der Handels- und Industriepolitik sowie strategische Rohstoffpartnerschaften und Recyclingpfade.

Das industrielle Fundament Baden-Württembergs ist vorhanden, wird aber durch administrative Aufwände und Kostenstrukturen gebremst. Durch kurzfristige Prozess- und Bürokratieverschlankung sowie mittelfristige Neuordnung von Kosten- und Innovationsstrukturen lassen sich Produktivitätsreserven heben und Investitionen stabilisieren.

Einleitung

Baden-Württemberg zählt zu den industriellen Kernregionen Europas. Das verarbeitende Gewerbe trägt maßgeblich zur Wirtschaftsleistung bei, wobei die Automobilwirtschaft als Leitindustrie eine zentrale Rolle einnimmt. Sie ist nicht nur ein bedeutender Arbeitgeber, sondern auch Impulsgeber für Innovation weit über die Fahrzeugproduktion hinaus. Trotz dieser starken Basis steht der Standort unter erheblichem Druck: Unternehmen kämpfen mit einem spürbaren Nachfragerückgang, steigenden Kosten und regulatorischen Hürden. Im internationalen Vergleich beeinträchtigen hohe Arbeits- und Energiekosten sowie ein hoher bürokratischer Aufwand die Wettbewerbsfähigkeit. Gleichzeitig erzwingen Megatrends wie die Elektrifizierung des Antriebs, die Veränderung von Lieferketten und Wertschöpfungsstrukturen sowie zunehmender Protektionismus tiefgreifende strategische Anpassungen.

Vor diesem Hintergrund untersucht die **„Analyse der Wettbewerbs- und Leistungsfähigkeit des Standorts Baden-Württemberg“** des Fraunhofer-Instituts für Arbeitswirtschaft und Organisation IAO im Auftrag der e-mobil BW, welche Faktoren die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit und internationale Wettbewerbsposition des Landes in der Automobilwirtschaft prägen. Im Mittelpunkt steht, welche wirtschaftlichen, technologischen und politischen Einflussfaktoren die Wettbewerbsfähigkeit bestimmen, welche strukturellen Hemmnisse sie schwächen und welche Potenziale ungenutzt bleiben. Analysiert werden insbesondere Bürokratie, Kostenstrukturen, Infrastrukturqualität und Innovationsklima.

Diese Kurzfassung fasst die wesentlichen Erkenntnisse der Hauptstudie zusammen. Sie kann deren inhaltliche Tiefe und Detailfülle nicht in allen Aspekten wiedergeben, für vertiefende Analysen und methodische Details wird daher auf die umfassende Hauptstudie verwiesen.

Ausgangslage und Kontext

Baden-Württemberg gehört zu den wichtigsten Automobilstandorten weltweit. Auf Hersteller und Zulieferer im Land entfielen 2024 rund **140 Mrd. € Umsatz und 225.000 Beschäftigte,** was etwa ein Viertel des Gesamtumsatzes und jeden vierten Arbeitsplatz der deutschen Automobilindustrie ausmacht. Die industrielle Landschaft ist geprägt durch ein dichtes Netzwerk aus Premium OEMs, einer breiten Zulieferbasis, spezialisierten Tier-2-/Tier-3-Unternehmen, Engineering-Dienstleistern und Forschungsinstitutionen. Diese Clusterstruktur schafft kurze Wege, intensive Wissensflüsse und hohe Spezialisierung.

Mit **FuE-Ausgaben von 5,7 % des Bruttoinlandsprodukts** zählt das Land weltweit zu den forschungsintensivsten Regionen. Unternehmen profitieren von hochqualifizierten Fachkräften, enger Kooperationen zwischen Wirtschaft und Wissenschaft sowie einer starken industriellen Infrastruktur. Diese Stärken bilden die Basis für Innovationsfähigkeit und Anpassung an technologische Umbrüche.

Trotz dieser günstigen Ausgangslage steht das Land jedoch vor gewaltigen Herausforderungen. Im Rahmen einer Umfrage für die Studie meldeten 73 % der Unternehmen Nachfragerückgänge. Verantwortlich dafür ist nicht nur die schwache Weltkonjunktur, sondern auch eine Verschiebung der Nachfrage oder der Marktbedingungen in den wichtigen Absatzmärkten, etwa in China und den USA. Dazu zählen unter anderem protektionistische Tendenzen wie US-Zölle auf Fahrzeuge (15 %), die den Export verteuern und Märkte verunsichern. Unterbrochene Lieferketten, volatile Energiepreise, unsicherere regulatorische Rahmenbedingungen auf EU- und Bundesebene sowie geopolitische Konflikte mindern Planungssicherheit. Zudem konkurriert der Hochkostenstandort mit Ländern mit deutlich niedrigeren Arbeits- und Energiekosten sowie Bürokratieaufwänden. Zusätzlich verändern die Umstellung auf Elektromobilität und die Digitalisierung von Produkten und Prozessen die Wertschöpfungsketten und erfordern erhebliche Investitionen.

Diese Konstellation verdeutlicht, warum eine differenzierte Analyse der Standortfaktoren und strukturellen Hemmnisse für die Automobilwirtschaft unerlässlich ist. Eine starke industrielle Basis allein genügt nicht, um Wettbewerbsfähigkeit dauerhaft zu sichern, wenn Kosten, Regulierung und externe Schocks nicht entschärft werden. Die Studie zeigt, wie diese Faktoren zusammenwirken und welche Hebel die industrielle Transformation stützen können.

Methodik

In der Studie wird Porters Diamantmodell als analytisches Raster verwendet. Es bewertet die Standortqualität anhand der vier Determinanten: Faktorausstattung, Nachfragebedingungen, Cluster sowie Unternehmensstrategien und Wettbewerb. Ergänzend werden staatliche Rahmenbedingungen und unvorhergesehene Ereignisse berücksichtigt. Die Wechselwirkungen dieser Faktoren werden in einem makroökonomischen Systemmodell des Fraunhofer IAO abgebildet und quantifiziert. Damit lassen sich wirtschaftspolitische Szenarien, wie die Auswirkungen von Bürokratieabbau oder niedrigeren Lohnnebenkosten, simulieren. Die modellgestützte Analyse wird durch eine Online-Befragung von 74 baden-württembergischen Unternehmen im Juni 2025 und mehrere Experteninterviews ergänzt. Weitere methodische Details finden sich in der Hauptstudie.

Ergebnisse: Aktuelle Einschränkungen und Unternehmensreaktionen

Die Online-Umfrage zeigt ein klares Bild der aktuellen Belastungen: **73 % der Unternehmen nannten einen Nachfragerückgang als wichtigstes Hemmnis,** womit er das dominierende Problem darstellt. Der Rückgang resultiert sowohl aus konjunkturellen Schwächen auf dem deutschen Markt als auch aus sinkenden Exporten, die durch protektionistische Maßnahmen – etwa US-Zölle von bis zu 15 % – zusätzlich verschärft werden. Zugleich ist in den größten Absatzmärkten, insbesondere in China, eine strukturelle Verschiebung der Nachfrage zu beobachten.

68 % der Unternehmen berichten von Kostensteigerungen. Statistische Auswertungen zeigen, dass die Arbeitskosten in Deutschland von 2014 bis 2024 um etwa 34 % gestiegen sind. Zudem erhöhte sich der Industriestrompreis zwischen 2021 und 2024 um mehr als 10 Cent pro Kilowattstunde.

43 % der Befragten verwiesen auf regulatorische Hemmnisse wie komplexe Dokumentationspflichten, langwierige Genehmigungsverfahren und teils widersprüchliche Vorgaben, die insbesondere große Unternehmen mit komplexen Geschäftsmodellen belasten.

Der Fachkräftemangel wurde von 36 % der Unternehmen als relevant eingestuft – vor allem von kleinen und mittleren Betrieben, während Großunternehmen hier seltener Schwierigkeiten sehen.

Die Reaktionen der Unternehmen sind unterschiedlich: **61 %** der Unternehmen verschieben geplante **Investitionen,** vor allem in der Produktion und bei Großbetrieben. **34 %** setzen auf **Personalmaßnahmen** wie Kündigungen oder Kurzarbeit, vor allem produzierende Betriebe und Großunternehmen mit mehr als 3.000 Beschäftigten. Gleichzeitig nutzen einige Unternehmen die Krise zur **strategischen Restrukturierung:** Als Maßnahmen wurden eine Intensivierung der F&E-Aktivitäten, der Ausbau von Partnerschaften und Kooperationen sowie in Einzelfällen eine Standortverlagerung ins Ausland genannt.

Fallbeispiele: Mahle und Porsche

Das Beispiel **Mahle** zeigt, wie strukturelle Veränderungen und Nachfragerückgänge zu drastischen Maßnahmen führen. Der traditionsreiche Zulieferer für Verbrennungsmotoren musste zwischen 2021 und 2024 seine Beschäftigtenzahl um 5 % reduzieren, wobei Deutschland mit einem Rückgang von 15% besonders stark betroffen war. 2024 wurde das Werk in Gaildorf geschlossen, die Zahl der weltweiten Standorte von 165 auf 135 (–18 %) reduziert. Gleichzeitig gingen die Umsätze in Europa (–8,8 %), Nordamerika (–13,3 %) und Asien/Pazifik (–8,2 %) deutlich zurück. Der Bereich „Engine Systems and Components“, stark auf Verbrennertechnologie fokussiert, erlitt ein Umsatzminus von 8,9 %, während Zukunftssparten wie Electronics & Mechatronics und Thermal Management wuchsen.

Das Fallbeispiel **Porsche** illustriert eine andere Reaktionsstrategie. Zwischen 2022 und 2024 sanken die **Auslieferungen nach China um 44,6 %,** der Umsatzanteil der Region halbierte sich von 30,2 % auf 15,7 %. Porsche reagierte mit einer internen Portfolioumschichtung: Während die Produktion des Elektromodells Taycan um **48,7 %**

zurückging, stieg die Produktion von SUV-Modellen wie Cayenne. Das Beispiel zeigt, dass differenzierte Strategien wie eine Portfolioanpassung oder die Stärkung westlicher Märkte auch in einem schwierigen Umfeld erfolgreich sein können.

Wahrgenommene Standortfaktoren

Stärken des Standorts aus Unternehmensperspektive

Baden-Württemberg wird von den Befragten trotz der angespannten Lage als starker Industriestandort wahrgenommen. Besonders hervorgehoben werden:

- **Hohe FuE-Intensität und Innovationsfähigkeit:** Mit internen FuE-Ausgaben von 5,7 % des BIP liegt Baden-Württemberg weltweit an zweiter Stelle der FuE-intensivsten Regionen und übertrifft damit selbst innovationsstarke Regionen wie die südlichen Niederlande oder Île-de-France. Diese hohe Forschungs- und Entwicklungsintensität speist sich aus der engen Zusammenarbeit zwischen Unternehmen, Hochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen und führt zu einer ausgeprägten Innovationskraft.

- **Dichte Clusterstrukturen:** Die Automobilwirtschaft des Landes besteht aus einem eng verflochtenen Netzwerk aus OEMs, Zulieferern, spezialisierten Engineering-Dienstleistern und Forschungseinrichtungen. Kurze Wege und vertrauensvolle Kooperationen ermöglichen eine schnelle Diffusion von Wissen und erhöhen die Wettbewerbsfähigkeit.

- **Qualifiziertes Humankapital:** Die Unternehmen profitieren von hochqualifizierten Fachkräften, die sowohl im technischen als auch im kaufmännischen Bereich überdurchschnittliche Kompetenzen besitzen. Diese Stärke ist eng mit der regionalen Bildungslandschaft und der Attraktivität der Arbeitgeber verbunden.

Diese Stärken gelten als Voraussetzung für die erfolgreiche Bewältigung der Transformationsprozesse, können jedoch nur dann wirken, wenn hemmende Faktoren reduziert werden.

Wahrgenommene Schwächen und Kostenfaktoren

Die Befragten identifizierten drei dominante Schwächen:

- **Bürokratische Belastungen:** 79 % der Unternehmen nannten die Bürokratie als größte Schwäche. Kritisiert wurden insbesondere lange Dokumentationspflichten, langwierige Genehmigungsverfahren und die fehlende Standardisierung sowie Digitalisierung der Verwaltungsprozesse.

- **Hohe Arbeitskosten:** 54 % der Befragten sehen die Höhe der Lohn- und Lohnnebenkosten als signifikantes Standorthemmnis. Während diese lange Zeit durch überdurchschnittliche Produktivität kompensiert wurden, ist die Produktivität aufgrund bürokratischer Belastungen und sinkender Motivation in den vergangenen Jahren gesunken. Dadurch verlieren Unternehmen Wettbewerbsfähigkeit gegenüber Ländern mit deutlich niedrigerem Kostenniveau und günstigeren regulatorischen Rahmenbedingungen.

- **Steigende Energiepreise:** 46 % der befragten Unternehmen stufen die Energiepreise als kritisch ein. Eine Analyse der objektiven Daten zeigt allerdings, dass Energiepreise nicht der wichtigste Hebel sind: Einige Länder mit höheren Energiekosten gewinnen an Attraktivität, wenn sie ein vereinfachtes regulatorisches Umfeld und eine „grüne“ Stromerzeugung bieten, die die Klassifizierung von Produkten als nachhaltig erleichtert. Unsicherheit über zukünftige Preisentwicklungen und politische Eingriffe erschweren Investitionsentscheidungen.

Weitere häufig genannte Schwächen betreffen die digitale Infrastruktur, die zersplitterte Förderlandschaft und lange Genehmigungszeiten. Diese strukturellen Defizite erschweren insbesondere die schnelle Umsetzung von Innovationsprojekten und Investitionen.

Die Bewertung der Standortfaktoren hängt auch von der Unternehmensgröße ab. **Großunternehmen** richten ihren Fokus primär auf Kostenfaktoren wie Arbeits- und Energiekosten sowie bürokratische Auflagen, da diese in absoluten Zahlen stärker ins Gewicht fallen. **Kleinere Unternehmen bis zu 3.000 Beschäftigten** hingegen betonen zusätzliche strukturelle Herausforderungen: Ihnen fehlen häufig der Zugang zu passgenauer Finanzierung, qualifizierten Fachkräften, Technologie-Transfer-Möglichkeiten und die Integration in Cluster und Netzwerke. Diese Unternehmen sind stärker auf externe Unterstützungsstrukturen angewiesen und leiden stärker unter fragmentierten Förderprogrammen und Informationsdefiziten.

Analyse der Herausforderungsfelder

Bürokratie & Regulierung

Überbordende Bürokratie gilt als zentrales Hemmnis für Produktivität und Investitionen. Besonders **Planungs- und Genehmigungsverfahren** gelten als ineffizient, langwierig und intransparent. Unternehmen berichten von Verfahren, die sich über mehr als ein Jahrzehnt hinziehen und Investitionen blockieren. Genehmigungen nach dem Bundes-Immissionsschutzgesetz dauern meist **0,5 bis 3 Jahre,** die Unterlagenerstellung bis zu 1,5 Jahre. Anpassungen an neue Emissionsgrenzwerte können inklusive Vorlauf **bis zu fünf Jahre** beanspruchen; Gerichtsverfahren dauern im Schnitt weitere **33 Monate.** Im Vergleich: Dänemark benötigt etwa **6 Monate,** Frankreich 9 Monate, Italien 8 Monate, Ungarn nur **15 Tage.**

Dieser Aufwand verursacht erhebliche Kosten: Pro Unternehmen werden im Durchschnitt 32 **Arbeitsstunden pro Monat und MItarbeiter** für externe Nachweispflichten aufgewendet, was allein in Baden-Württemberg einer volkswirtschaftlichen Belastung von rund **22 Mrd. € jährlich** entspricht. Der hohe Dokumentationsumfang mindert Effizienz und Motivation und bremst durch fehlende Digitalisierung die **Investitionsdynamik** und **Wettbewerbsfähigkeit** des Standorts.

Arbeitsmarkt & Personal

Hohe **Lohn- und Lohnnebenkosten** bleiben ein zentraler Wettbewerbsnachteil. 2024 betrugen die Arbeitskosten im Automobilsektor **65,50 €/h,** ein Anstieg um 34 % seit 2014. Deutschland liegt damit weltweit an der Spitze; in den USA lagen sie bei 44,08 €/h, in Frankreich bei 48,76 € , in Schweden 50,33 € und in Ungarn 17,59 €. Dieser Kostenunterschied motiviert Produktionsverlagerungen, wie am Beispiel Mercedes Benz gezeigt wird. Zusätzlicher Verlagerungsgrund: In Ungarn sind die Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung mit 13 % deutlich niedriger als in Deutschland (21 %).

Zudem sinken **Motivation und Produktivität.** Obwohl 75 % der Unternehmen die Qualifikation der Arbeitskräfte als Vorteil nennen, klagen viele über einen Rückgang der Leistungsorientierung bei jüngeren Beschäftigten. Nach eingehender Analyse der Faktenlage ist dies weniger auf mangelnde Leistungsbereitschaft zurückzuführen als vielmehr auf strukturelle Faktoren: Zunehmende Bürokratie, unklare strategische Zielsetzungen sowie unsichere Regularien in der Verbrenner- und Energiepolitik, eine fehlende Umsetzungskultur und mangelhafte Kommunikation führen zu einem Motivationsverlust bei den Mitarbeitenden. Laut Befragung entfallen **6,9 %** der Wochenarbeitszeit auf gesetzliche Vorgaben; bis zu **50 % der Managementzeit** wird für bürokratische Prozesse genutzt. In Ländern mit niedrigeren Löhnen werden administrative Tätigkeiten ausgelagert, während sie in Baden-Württemberg häufig von Fachkräften übernommen werden. Diese ineffiziente Nutzung von Arbeitszeit verstärkt die Kostenbelastung und mindert die Motivation.

Infrastruktur & Energie

Hohe Energiepreise und ineffiziente Infrastrukturprozesse belasten die Unternehmen zusätzlich. Der **Industriestrompreis** lag im zweiten Halbjahr 2024 bei **20,1 ct/kWh** (EU: 16,0 ct/kWh). Deutsche Unternehmen zahlen somit **bis zu 10 ct/kWh** mehr als Wettbewerber in den USA oder China. Ohne Entlastungen könnten die Kosten bis 2030 **dreimal so hoch** liegen; zusätzlich steigen die CO_2-Kosten und verstärken Wettbewerbsverzerrungen.

Eine differenzierte Betrachtung zeigt jedoch, dass nicht die absoluten Energiepreise, sondern fehlende, verlässliche und langfristig planbare energiepolitische Rahmenbedingungen der Haupttreiber für Investitions- und Verlagerungsüberlegungen sind. So weist etwa Ungarn ein im Vergleich zu Deutschland sogar höheres industrielles Energiepreisniveau

auf. Eine bloße Senkung der Energiekosten würde für die Mehrheit der Unternehmen gegenüber einer Reduktion der Arbeitsaufwände (z. B. durch Bürokratieabbau) nur einen begrenzten Entlastungseffekt erzielen. Bei einer reinen Betrachtung der Kostenfaktoren bilden die Arbeitskosten mit 65–70 % der gesamten Umstellungskosten eines Automobilherstellers den größten Hebel zur Reduktion standortbedingter Kosten. Industriepolitisch erscheint es daher zielführender, den Fokus weniger auf kurzfristige Preisinterventionen zu legen, sondern die Planungssicherheit zu stärken. Zudem rechnen sich Energieeffizienzmaßnahmen langfristig häufig nicht hinreichend und werden aufgrund hoher bürokratischer Anforderungen in der Praxis oft als wenig attraktiv wahrgenommen.

Innovation, Netzwerk & Finanzierung

Baden-Württemberg zählt international zu den forschungsstärksten Regionen. Die **FuE-Ausgaben** lagen 2023 bei **5,7 % des BIP,** der **Innovationsindex** bei **76,5 Punkten.** Dennoch zeigen die Analysen ein **Paradoxon der zweiseitigen Innovation.** Das Land fällt im Ranking wichtiger Schlüsseltechnologien im Vergleich der Regionen und Volkswirtschaften von Platz 4 (2012–2015) auf Platz 8 zurück. Ursache ist eine innovationshemmende Unternehmenskultur: Unternehmen fokussieren stark auf **exploitative Innovationen** (Qualitätsverbesserung und Effizienzsteigerung), während **explorative** und disruptive Ansätze zu wenig verfolgt werden. Historisch gewachsene Qualitätsorientierung, Pfadabhängigkeit und Bürokratie bremsen die Innovationsbereitschaft.

Zudem erschwert eine **fragmentierte Förderlandschaft** die Finanzierung von Innovationsprojekten. Obwohl zahlreiche Förderprogramme (Innovationsgutscheine, InvestBW, ZIM (Bundesebene), KMU-Innovativ (Bundesebene), KM) zur Verfügung stehen, zeigt die Unternehmensbefragung eine Lücke zwischen Angebot und Nutzung. KMU sehen strukturelle Zugangshürden, insbesondere aufgrund komplizierter Antragsverfahren, mangelnder Passgenauigkeit und hoher bürokratischer Aufwände. Die branchenunspezifische KMU Definition führt zudem dazu, dass größere mittelständische Unternehmen aus der Automobilbranche (mit wenigen Tausend Mitarbeitenden) aus Förderprogrammen herausfallen. In der Folge werden Fördermittel nicht ausgeschöpft, und potenziell vielversprechende Projekte bleiben unrealisiert.

Baden-Württemberg besitzt viele etablierte **Cluster und Netzwerke,** die Innovation grundsätzlich fördern sollen, in der Praxis jedoch oft nur Informations- und Wissensaustausch ermöglichen. Statt echter Zusammenarbeit dominieren Veranstaltungen und Plattformen ohne klare Zielorientierung. Dadurch entsteht eine fragmentierte Landschaft mit vielen ähnlichen Initiativen, die eher Verwirrung als Synergien schaffen, während direkte Förderinstrumente zuletzt an Bedeutung verloren haben. Unzureichende Finanzierungsmöglichkeiten und Risikokapital erschweren die Entwicklung neuer Geschäftsmodelle.

Externe Faktoren

Die Wettbewerbsfähigkeit Baden-Württembergs hängt stark von externen Einflüssen ab. **Handelspolitische Risiken** haben sich verschärft: Die USA erhöhten 2025 die Importzölle auf deutsche Autos von 2,5 % auf 15 %, was Exportrückgänge bis 20 % oder entsprechende Margeneinbußen erwarten lässt. Zugleich verlieren **ausländische OEMs in China** Marktanteile. Ihr Anteil sank von 61 % (2019) auf **31 %** (2024), da chinesische Hersteller den Markt für New Energy Vehicles dominieren. Dies trifft auch die in Baden-Württemberg verankerte Zulieferindustrie. Mit einem Rückgang der Neuzulassungen in Deutschland bis 2024 um 22 % gegenüber dem Vorkrisenniveau ist der nationale Markt ebenfalls unter Druck. Ein weiteres Risiko ist die **Importabhängigkeit bei kritischen Rohstoffen: China** kontrolliert über **60 % des Abbaus und 90 % der Verarbeitung** Seltener Erden. Exportkontrollen und geopolitische Spannungen führen zu Preissteigerungen und Engpässen. Der Bedarf Baden-Württembergs wird bis 2030 stark steigen, wodurch auch Beschaffungsrisiken und Kosten zunehmen.

Die genannten externen Faktoren erhöhen den Druck auf Unternehmen, ihre Produktion zu **internationalisieren.** Strategische Verlagerungen, beispielsweise in ost- oder südeuropäische Länder wie Ungarn und Portugal werden verstärkt erwogen. Ungarn überzeugt durch niedrige Arbeitskosten, geringere regulative Last und eine wachsende Automobilclusterstruktur. Portugal positioniert sich als innovationsgetriebener Nearshoring Standort mit moderaten Kosten. Die Befragungen zeigen, dass nur 20 % der Unternehmen Baden-Württemberg weiterhin als Standort für ein Hauptwerk sehen. 49 % möchten das Land vor allem als Technologiestandort nutzen.

Handlungsempfehlungen und strategische Hebel

Bürokratieabbau und Digitalisierung der Verwaltung

Die faktenbasierte Analyse sowie das makroökonomische Modell der Studien zeigen, dass die Bürokratiebelastung den größten Hebel darstellt, um die Wettbewerbsfähigkeit Baden-Württembergs zu steigern. Es empfehlen sich daher drei eng verzahnte Maßnahmenfelder:

1. Nachweispflichten reduzieren und Genehmigungen beschleunigen: Die Reduktion externer Nachweis- und Berichtspflichten sowie die Einführung digitaler und einheitlicher Verfahren sind nachweislich entscheidende Maßnahmen, um bürokratische Belastungen zu verringern und die Wettbewerbsfähigkeit zu stärken. Konkret sollten gesetzliche Fristen für Genehmigungen festgelegt werden, nach deren Ablauf der Vorgang als genehmigt gilt. Zudem ist der Ausbau digitaler Verwaltungsleistungen nötig, zum Beispiel durch nutzerfreundliche Identifikationslösungen und zentrale Datenplattformen, die mehrfaches Eingeben derselben Daten vermeiden. Offene Standards können die Interoperabilität verschiedener Behördensysteme verbessern.

2. Innerbetriebliche Bürokratie senken: Auch innerhalb der Unternehmen können Prozesse verschlankt werden. Häufig wird vom Staat auferlegte Bürokratie in internen Strukturen fortgeschrieben oder sogar verstärkt, was zusätzliche Komplexität erzeugt. Regelmäßige Regelprüfungen, die Standardisierung und Automatisierung von Dokumentationsaufgaben sowie der Einsatz digitaler Tools helfen, administrative Aufwände zu reduzieren. Diese Maßnahmen wirken kurzfristig, setzen kreative Potenziale frei und steigern die Effizienz.

3. Transparente Verfahren und sanktionsorientierte Kontrolle: Nachweispflichten machen 20–40 % der Bürokratiekosten aus. Bei kleinen und mittleren Unternehmen entspricht dies je nach Unternehmensgröße 500.000–900.000 € pro Jahr. Durch eine systematische Vereinfachung und Reduktion könnten bis zu 12 % des Dokumentationsaufwands eingespart werden. Bei kleinen und mittleren Unternehmen entspricht dies 150.000 – 400.000 € pro Unternehmen. Gleichzeitig kann die Erhöhung der Stichproben in Kombination mit spürbaren Sanktionen Anreize zur Einhaltung der Regeln schaffen und eine Entbürokratisierung ohne Regulierungslücken ermöglichen.

Eine elektronische Abwicklung von Verfahren mit vorausgefüllten Formularen könnte die Bearbeitungszeit um bis zu 80 % reduzieren und die Zufriedenheit der Unternehmen erhöhen. Darüber hinaus sollte Regulierung generell reduziert werden und es sollte das Rechtssystem so angepasst werden, dass bestimmte Genehmigungsverfahren nur noch eine Instanz durchlaufen, um Rechtswege zu verkürzen.

Arbeitsmarkt- und Kostenmaßnahmen

Die hohen Arbeitskosten belasten die Wettbewerbsfähigkeit erheblich. Folgende strategische Maßnahmen können Abhilfe schaffen:

1. Senkung der Lohnnebenkosten: Da die Tarifautonomie staatliche Eingriffe in Löhne ausschließt, liegt der Fokus auf den Nebenkosten. Ziel ist, die Sozialabgaben langfristig unter 40 % zu senken. Kurzfristig können alternative Vergütungsinstrumente wie steuerfreie Sachbezüge, Gesundheitsförderung, Kinderbetreuung und betriebliche Altersvorsorge insbesondere von kleineren Unternehmen stärker genutzt werden. Langfristig sollten Effizienzsteigerungen in den Sozialversicherungsträgern, die Vereinheitlichung der Bezugsdauer von Arbeitslosengeld, die Kopplung des Renteneintrittsalters an die Lebenserwartung und die Prüfung einer Bürgerversicherung diskutiert werden.

2. Steigerung der Arbeitsmotivation und Qualifikation: Die Arbeitsmotivation und Innovationsbereitschaft der Mitarbeitenden werden wesentlich von der Unternehmensstrategie geprägt, die wiederum auf verlässliche politische Rahmenbedingungen angewiesen ist. Der Staat ist gefordert, externe Bürokratie abzubauen und durch kohärente, langfristige Leitlinien Planungssicherheit zu schaffen – häufige Kurswechsel und widersprüchliche Signale, etwa in der Energie- oder Antriebspolitik, führen dagegen zu Unsicherheit und hemmen Investitionen. Gleichzeitig müssen Unternehmen selbst aktiv werden: Der Abbau innerbetrieblicher Bürokratie schafft Freiräume für wertschöpfende und kreative Tätigkeiten. Klar definierte strategische Ziele, eine vertrauensbasierte Unternehmenskultur sowie eine konsequente Weiterbildungskultur fördern Identifikation, Selbstorganisation, Teamarbeit und sichern die digitalen Kompetenzen, die zunehmend über Wettbewerbsfähigkeit entscheiden.

Innovation, Netzwerk & Finanzierung stärken

Zur Stärkung der Innovationskraft braucht es einen strukturierten Förder- und Netzwerkrahmen:

1. Reorganisation der Förderlandschaft: Programme sollten vereinfacht, standardisiert und besser auf die Bedürfnisse der Automobilwirtschaft zugeschnitten werden. Der Zugang für KMU muss erleichtert werden, etwa durch eine branchenspezifische KMU Definition und niedrigere administrativen Hürden. Eine zentrale Plattform für Förderanträge kann Transparenz schaffen und Doppelstrukturen vermeiden.

2. Cluster und Netzwerke orchestrieren: Bestehende Strukturen sollten gezielt zu kooperativen Innovationsformaten weiterentwickelt werden. Neue Initiativen sind weniger nötig als die Bündelung vorhandener Kräfte, um systemische Innovationen in Bereichen wie automatisierte Mobilität, Ladeinfrastruktur und Kreislaufwirtschaft voranzutreiben. Internationale Vorbilder zeigen, dass eine koordinierte Innovationspolitik und der Staat als Enabler notwendig sind.

3. Explorative Innovation und Risikokapital fördern: Das Land sollte gezielt Projekte im Kontext disruptiver Technologien unterstützen. Risikokapitalfonds und öffentlich-private Partnerschaften können helfen, Forschungsergebnisse in marktfähige Produkte zu überführen. Parallel müssen Unternehmen bereit sein, neue Geschäftsmodelle zu erproben und Unsicherheiten zuzulassen, um nicht von schnelleren Wettbewerbern verdrängt zu werden.

Externe Resilienz und Internationalisierung

Angesichts geopolitischer Spannungen und globaler Marktdynamiken muss Baden-Württemberg seine Resilienz gegenüber externen Schocks stärken:

1. Diversifizierung und Markterschließung: Unternehmen sollten ihre Absatzmärkte und Lieferketten diversifizieren. Bei der Erschließung neuer Auslandsmärkte können sie durch die Stärkung und Ausweitung bestehender Auslandsbüros und Wirtschaftsrepräsentanzen unterstützt werden, insbesondere in Märkten wie Kanada, Australien oder Südostasien. Zudem sollten Unternehmen bei Zoll-, Compliance- und Krisenmanagementfragen gezielte Unterstützung erhalten. Gleichzeitig gilt es, den Binnenmarkt durch die Stärkung regionaler Lieferketten widerstandsfähiger zu machen.

2. Rohstoffsicherheit und geopolitisches Monitoring: Abbau und Verarbeitung von Rohstoffen wie Seltenen Erden und Lithium werden zu großen Teilen von China kontrolliert. Strategische Partnerschaften mit rohstoffreichen Ländern sowie Investitionen in Recycling und Substitutionstechnologien sind notwendig, um die Versorgung der baden-württembergischen Industrie langfristig zu sichern. Außerdem sollten Unternehmen und Politik geopolitische Risiken laufend beobachten und Szenarien für Handelsrestriktionen entwickeln.

Die vorgeschlagenen Maßnahmen adressieren zentrale Schwächen des Standorts. Sie reichen von kurzfristigen Schritten wie innerbetrieblicher Prozessoptimierung und steuerfreien Vergütungsbausteinen über mittelfristige Strukturreformen bis zu langfristigen Strategien wie der Senkung der Sozialabgaben und der Diversifizierung der Exportmärkte. Ihre Umsetzung erfordert eine enge Zusammenarbeit von Bund, Land, Kommunen, Wirtschaft und Sozialpartnern.

Schlussfolgerungen und Ausblick

Die Analyse der Wettbewerbs- und Leistungsfähigkeit Baden-Württembergs zeigt ein ambivalentes Bild. Einerseits verfügt der Standort über erhebliche Stärken: eine weltweit führende Forschungsintensität dichte, industrielle Netzwerke und hochqualifiziertes Personal. Andererseits wird die Wettbewerbsfähigkeit durch Bürokratie, hohe Arbeitskosten und eine zu wenig risikoorientierte Innovationskultur geschwächt. Bürokratische Aufwände verursachen für Unternehmen hohe monatliche Arbeitskosten und führen volkswirtschaftlich in Baden-Württemberg zu Kosten von rund 22 Mrd. € jährlich. Hinzu kommen externe Belastungen wie US-Zölle und ein Nachfragerückgang deutscher Produkte in China. Das zugrundeliegende Systemmodell identifiziert den Bürokratieabbau als wirksamsten Hebel zur Stärkung der Produktivität, ergänzt um Kostenreformen und eine neu ausgerichtete Innovationspolitik, um eine langfristige Erosion der Wettbewerbsfähigkeit zu verhindern.

Prioritäten für Politik und Wirtschaft

Die Handlungsoptionen lassen sich nach Zeithorizont priorisieren:

Kurzfristig hat der Abbau bürokratischer Hürden durch digitale Verfahren, verbindliche Genehmigungsfristen und standardisierte Nachweispflichten höchste Priorität. Auch die Beschleunigung von Genehmigungen bleibt ein zentraler Hebel für schnellere Investitionen. Parallel sollten Sozialversicherungsbeiträge gezielt gesenkt und flexible Vergütungsmodelle eingeführt werden, um Arbeitskosten zu dämpfen. Unternehmen können zudem ihre innerbetriebliche Bürokratie durch Regelprüfungen, Standardisierung, Automatisierung und digitale Tools reduzieren, wodurch Effizienz und kreative Potenziale steigen.

Mittelfristig sind eine Reorganisation der Förderlandschaft, der Aufbau orchestrierter Clusterstrukturen und die Förderung explorativer Innovationsansätze erforderlich. Ebenso wichtig ist der Aufbau strategischer Export- und Lieferketten zur Diversifizierung der Absatzmärkte und zur Sicherung von Rohstoffen.

Langfristig sind tiefgreifende Reformen des Sozialversicherungssystems, eine verlässliche und nachhaltige Energiepolitik, der systematische Abbau bürokratischer Lasten sowie eine vorausschauende Innovationsstrategie erforderlich, die systemische Entwicklungen frühzeitig antizipiert, koordiniert und skaliert. Zentrale Voraussetzung ist Regulierungskohärenz und Planungssicherheit: Unternehmen benötigen klare Leitlinien und verlässliche Regularien, in der Energiepolitik wie in anderen Bereichen.

Gleichzeitig sind auch die Unternehmen selbst gefordert: Klar definierte strategische Ziele, eine vertrauensbasierte Unternehmenskultur und konsequente Weiterbildung sichern digitale Kompetenzen, fördern Selbstorganisation, Teamarbeit und Innovationsbereitschaft – und bilden damit die Basis, um die Chancen des digitalen und strukturellen Wandels aktiv zu nutzen.

Viele externe Faktoren entziehen sich dem direkten Einfluss der Landespolitik. Daher sind nationale und europäische Kooperationen entscheidend. Baden-Württemberg sollte sich aktiv in bundesweite und EU-weite Initiativen zur Harmonisierung von Genehmigungsprozessen, Rohstoffsicherung und Energiepolitik einbringen sowie für eine Reduktion bürokratischer Pflichten werben. Ein kontinuierliches Monitoring geopolitischer Entwicklungen, technologischer Trends und Nachfrageverschiebungen ermöglicht es, Strategien flexibel anzupassen.

Baden-Württemberg verfügt über ein starkes Fundament, aber die aktuellen Herausforderungen sind bereits dabei, dieses Fundament erodieren. Politik, Wirtschaft und Forschung müssen jetzt gemeinsam handeln, um Bürokratie abzubauen,

Kosten zu senken, Innovation zu fördern und Resilienz aufzubauen. Nur so kann das Bundesland seine Spitzenstellung im internationalen Wettbewerb behaupten und die Transformation der Automobilindustrie erfolgreich gestalten.

Sämtliche Quellenangaben sowie Verzeichnisse sind in der Vollversion der Studie nachzulesen. Diese ist kostenfrei unter e-mobilbw.de/service/publikationen/studien abzurufen.

Impressum

Herausgeber
e-mobil BW GmbH – Landesagentur für neue Mobilitätslösungen und Automotive Baden-Württemberg

Autor:innen
Fraunhofer-Institut für Arbeitswirtschaft und Organisation IAO
Jantje Marie Schlömer, Sebastian Stegmüller, Dr. Lukas Block, Daniel Borrmann, Betiel Sabine Assefaw

Redaktion und Koordination der Studie
e-mobil BW GmbH
Anja Krätschmer
Philipp Prinz
Vincent Eggers

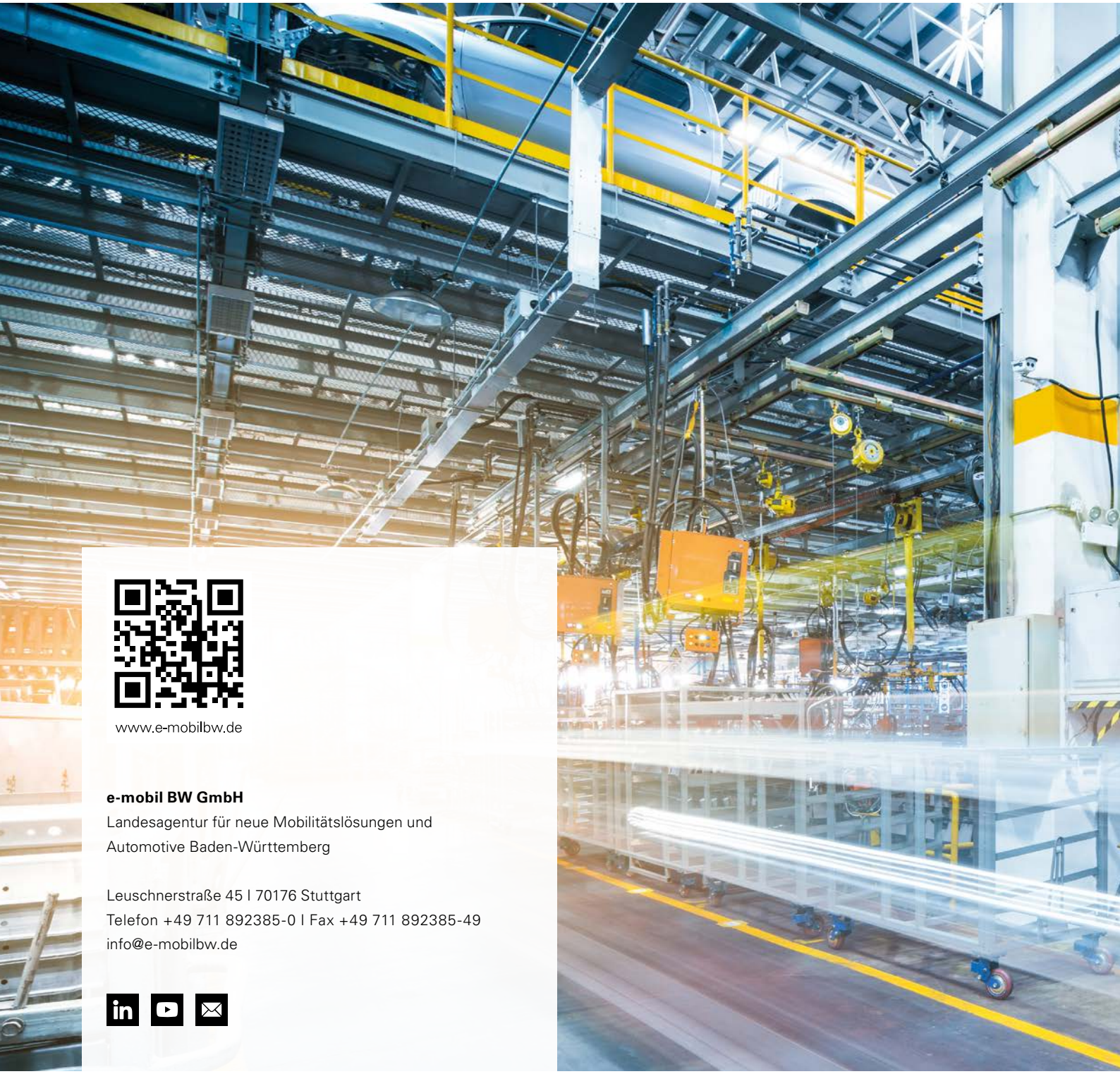
Layout/Satz/Illustration
markentrieb
Die Kraft für Marketing und Vertrieb

Fotos
Umschlag © 安琦 王/AdobeStock
Die Quellennachweise aller weiteren Bilder befinden sich auf der jeweiligen Seite.

Genereller Hinweis
Aus Gründen der besseren Lesbarkeit wird bei zusammengesetzten personenbezogenen Hauptwörtern in dieser Studie die männliche Form verwendet. Entsprechende Begriffe gelten im Sinne der Gleichbehandlung grundsätzlich für alle Geschlechter. Die verkürzte Sprachform hat nur redaktionelle Gründe und beinhaltet keine Wertung.

November 2025

© **Copyright liegt bei den Herausgebern**
Alle Rechte vorbehalten. Dieses Werk ist einschließlich seiner Teile urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung, die über die engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes hinausgeht, ist ohne schriftliche Zustimmung des Herausgebers unzulässig und strafbar. Dies gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen sowie die Speicherung in elektronischen Systemen. Für die Richtigkeit der Herstellerangaben wird keine Gewähr übernommen.



www.e-mobilbw.de

e-mobil BW GmbH
Landesagentur für neue Mobilitätslösungen und
Automotive Baden-Württemberg

Leuschnerstraße 45 I 70176 Stuttgart
Telefon +49 711 892385-0 I Fax +49 711 892385-49
info@e-mobilbw.de